

Unterlassene Hilfeleistung

#UnterstützungJetzt statt Fingerzeig nach Berlin

Während Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen eigene Unterstützungspakete für die Menschen und Unternehmen in den jeweiligen Bundesländern auflegen, passiert in Nordrhein-Westfalen: nichts. **Dabei sprudelt es im Nachtragshaushalt nur so an Steuermehreinnahmen. 900 Millionen Euro mehr als geplant stehen für Unterstützungsmaßnahmen zur Verfügung.** Damit könnte die Landesregierung den Menschen und Unternehmen in NRW unter die Arme greifen.

Unternehmen geraten in Zahlungsschwierigkeiten, Arbeitsplätze sind in Gefahr, soziale Notlagen drohen. Wir haben Ideen und fordern Unterstützung für Bildungseinrichtungen, für Studierende, für gesundheitsbezogene Einrichtungen, für Stadtwerke, für Pendlerinnen und Pendler, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende und Familien insbesondere mit kleineren und mittleren Einkommen. Nur so können wir dafür sorgen, dass die Menschen in NRW gut durch diese Zeit kommen.

Unsere Kritikpunkte:

- **Statt den Nachtragshaushalt für Unterstützungsmaßnahmen zu nutzen, schafft die Landesregierung neue Stellen:** 180 in den Ministerien und insgesamt 1.500 im öffentlichen Dienst. Dabei fehlen dort schon heute 23.800 Menschen, um die vorhandenen Stellen zu besetzen.
- Die **schwarz-grüne Landesregierung** ist in dieser so wichtigen Zeit vor allem eins: eine **Nicht-Regierungsorganisation**. Statt eigene Ideen zur Unterstützung der Menschen und Unternehmen zu präsentieren, äußert Ministerpräsident Hendrik Wüst immer wieder neue Forderungen an den Bund.



#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Unsere Ideen für ein Sofortprogramm #UnterstützungJetzt

Mit rund 1,2 Mrd. Euro Gesamtvolumen wollen wir:

- einen Notfallfonds für alle, die ihre Energiekosten nicht bezahlen können und denen eine Überlastung droht (300 Mio. Euro);
- einen Energiekostenzuschuss für gemeinnützige Vereine, Verbände und Kultureinrichtungen (100 Mio. Euro);
- einen Schutzschirm für gesundheitsbezogene Einrichtungen (200 Mio. Euro);
- eine Zuweisung an die Gemeinden zur Erstattung der Gebühren für Kita-Gebühren und OGS (274 Mio. Euro für zwei Monate);
- ein kostenloses Mittagessen für Kinder sowie Schülerinnen und Schüler (162 Mio. Euro);
- einen Energiekostenzuschuss für Kitas (60 Mio. Euro);
- einen Zuschuss für Studierendenwerke, um gestiegene Baukosten, Heizkostenzuschüsse und Wohnheimkosten zu bewältigen (20 Mio. Euro);
- eine Mobilitätsprämie für geringverdienende Ticket-Abonnentinnen und -Abonnenten (100 Mio. Euro).

Darüber hinaus wollen wir einen Rettungsschirm mit einem Volumen von 1,5 Mrd. Euro auflegen, um damit kommunale Energieversorger über Bürgschaften abzusichern.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.